

DER BRAUNKOHLENAUSSCHUSS DER VORSTAND



Bundesministerium der Finanzen
Herrn Minister Christian Lindner

11016 Berlin

Cottbus, 14.12.2021

Erklärung des Braunkohlenausschusses des Landes Brandenburg

Sehr geehrter Herr Minister Lindner,

der Braunkohlenausschuss ist ein legitimiertes demokratisches regionales Gremium zur Willensbildung bei der Braunkohlen- und Sanierungsplanung im Land Brandenburg. Seine Aufgabenwahrnehmung umfasst auch die Begleitung der Umsetzung der Planungen. Insofern unterliegt die Sanierungstätigkeit der LMBV seiner ständigen Beobachtung und die Sanierungsfortschritte werden mit großem Interesse verfolgt. Der Ausschuss begrüßt infolge dessen ausdrücklich den offenbar allseitig bestehenden Willen zur Fortsetzung des Gemeinschaftsprojekts, der sich in den laufenden Verhandlungen zu einem neuen Verwaltungsabkommen Braunkohlesanierung ab 2023 manifestiert.

Die Sanierung der stillgelegten Tagebaue ist eine der größten Herausforderungen in der Lausitz in den letzten 30 Jahren und wird auch in den nächsten Jahrzehnten nicht an Bedeutung verlieren. In einem kooperativen und zielorientierten Zusammenwirken zwischen dem Bund, den Braunkohlesanierungsländern und den regionalen Vertretern konnten bereits große Fortschritte und Erfolge erzielt werden. Im Inhalt vielfältige und im Umfang enorme technische Herausforderungen waren und sind zu bewältigen. Mit der LMBV als Projektträger der Braunkohlesanierung ist ein kompetenter und zuverlässiger Partner vor Ort.

Insbesondere die geotechnischen Ereignisse der vergangenen Monate am Helenesee bei Frankfurt (Oder), auf der B 169 – eine Hauptverkehrsachse in der Lausitz und auch am Knappensee in Sachsen haben jedoch gezeigt, dass es noch viel zu tun gibt, um die Sanierungsziele zu erreichen, die zahlreichen technischen Herausforderungen zu bewältigen und neue, attraktive Landschaften zu gestalten, die durch ihre Vielfalt den Menschen in der Lausitz eine nachhaltige neue Zukunft ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund bereitet die Budgetierung im Verwaltungsabkommen den Mitgliedern des Braunkohlenausschusses Sorge. Viele Projekte, die bereits geplant und vorbereitet waren, zum Bei-

spiel in den Bereichen Lauchhammer, Altdöbern oder am Klinger See aber auch Maßnahmen zur Bewältigung der Qualitätsbeeinträchtigungen des Grundwassers und der Oberflächengewässer, werden aus Gründen fehlender Mittel geschoben. Von den Anliegern geplante und zum Teil schon im Hinblick auf die Fertigstellung der Projekte bereits realisierte Investitionen, können nicht genutzt werden. Grund hierfür sind häufig unvorhergesehene Ereignisse, auf die im jeweils laufenden Abkommen reagiert werden muss und daher andere Projekte verschoben werden müssen.

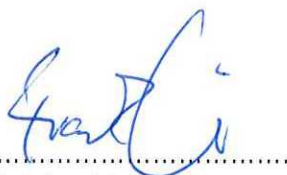
Vor diesem Hintergrund fordert der Ausschuss alle Beteiligten, den Bund und die Braunkohlesanierungsländer auf, im nächsten Verwaltungsabkommen ein auskömmliches Budget bereitzustellen mit einer Sicherheit für unerwartete Ereignisse, um sofort reagieren zu können ohne andere Projekte in der Umsetzung zu gefährden.

Ein weiteres großes Problem der Braunkohlesanierung sind die langwierigen Genehmigungsverfahren, die den Fortschritt gefährden. Der Braunkohlensausschuss nimmt daher mit großem Interesse die im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung verankerte Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung zur Kenntnis und fordert die Beteiligten zur zügigen Umsetzung dieser Initiative auf. Die Verkürzung der Verfahrensdauer und die Vereinfachung der Verwaltungsverfahren werden zum weiteren Gelingen des ökologischen Großprojekts Braunkohlesanierung beitragen.

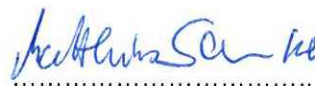
Für den Braunkohlensausschuss
des Landes Brandenburg
Der Vorstand



Kerstin Kircheis



Frank Schneider



Matthias Scheufele